

IHK gegen geplante Gewerbesteuererhöhung:

Haushaltskonsolidierung wäre das richtige Mittel

Nr. 7
28.01.2011
Medien und Information
Tel. 0621 5904-1200
Fax 0621 5904-1204
sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de
www.pfalz.ihk24.de
3 Seiten

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für die Pfalz betrachtet die geplante Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 395 auf 410 Prozentpunkte nicht nur als schädlich für den Standort Kaiserslautern und seine Unternehmen, sondern auch als haushaltspolitische Flickschusterei, die lieber Einnahmen erhöht als in eine dringend gebotene Ausgabendiskussion einzusteigen.

Die regionale Wirtschaft leistet auch ohne Hebesatzsteigerungen ihren Beitrag zur Finanzierung des städtischen Haushaltes:

Jahr	Gewerbesteuersatz	Gewerbesteuereinnahmen Kaiserslautern
2005	405%	27.337.156,97
2006	410%	35.534.421,24
2007	395%	45.137.573,12
2008	395%	40.689.458,--
2009	395%	42.816.066,-- (vorläufig)
2010	395%	↗

In wirtschaftlich guten Zeiten steigen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich an. Oberbürgermeister Weichel bestätigte dies für die Gewerbesteuereinnahmen aus 2010 - zuletzt öffentlich beim Neujahrsempfang der Stadt. Die steigenden Einnahmen hängen neben der guten Wirtschaftslage auch damit zusammen, dass die Einbeziehung von Mieten, Pachten, Zinsen und Leasingaufwendungen die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitert.

Die geplante Erhöhung würde primär die ortsansässigen Unternehmen schädigen – sicher kein Akt der Bestandspflege - und wäre bei der Ansiedlungswerbung von Nachteil. Nicht umsonst war 2007 monatelang auf der Homepage der kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WFG die Topmeldung „Stadt senkt Gewerbesteuerhebesatz“ zu lesen. Die IHK bedauert, dass einige politische Kräfte mit der Hebesatzerhöhung einen der wenigen direkt beeinflussbaren Kostenfaktoren für die regionale Wirtschaft verschlechtern wollen.

Die IHK Pfalz wirft der Stadt vor, Bürger und Unternehmen nicht offen über ihre katastrophale Wirtschaftslage informiert zu haben und seit Jahren die Diskussion über Sparmaßnahmen aufzuschieben. Diskussionen von Fall zu Fall, etwa bei Schwimmbadschließungen und der Kürzung der Sportvereinsförderung, brächten die Stadt nicht weiter, so die IHK.

Die IHK weist darauf hin, dass die Stadt Kaiserslautern mit ihren Eigenbetrieben und den 100%igen Eigengesellschaften bereits zum Jahresende 2009 nach Zahlen des Landesrechnungshofes 890 Mio. € Schulden angehäuft hatte. Bei Einnahmen von ca. 200 Mio. € im Jahr kommen jährlich ca. 60 Mio. € Schulden dazu. Mit bereits Ende 2009 über 8.800 € Schulden pro Einwohner hat Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz mit Abstand die höchste pro-Kopf-Verschuldung. Bei der pro-Kopf-Verschuldung mit den sogenannten Kassenkrediten liegt Kaiserslautern nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung auf dem zweitschlechtesten Platz aller Städte in Deutschland. Gleichzeitig leistet sich die Stadt Kaiserslautern bei knapp 100.000 Einwohnern in der Kernverwaltung, also ohne z. B. Klinikum, ASK oder Stadtentwässerung, über 1.500 Vollzeitstellen.

Die IHK Pfalz mahnt eine offene Diskussion im Rat und mit den Bürgern an über Wege zur Aufgabe von freiwilligen Leistungen auf allen Ebenen und über die Priorisierung von noch leistbaren Aufgaben. Die IHK fordert die Stadtratsfraktionen auf, parteiübergreifend die Lage zu analysieren und öffentlich eine Aufgaben- und Spardiskussion zu führen. Eine Politik des „weiter so“ ist den Unternehmen in Kaiserslautern, die regelmäßig gemeinsam mit ihren Beschäftigten an

einer Verbesserung ihrer eigenen Kostenstrukturen arbeiten, nicht zu vermitteln. Diese Verhaltensweise könne nur als unsozial gegenüber den nachfolgenden Generationen bezeichnet werden, so die IHK. Das bloße Abkassieren bei der Wirtschaft ändere an der Haushaltslage der Stadt strukturell nichts und verschlechtere nur die Rahmenbedingungen derjenigen, die der Stadt das bieten, was sie am meisten braucht - nämlich Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

Die IHK befürchtet darüber hinaus, dass mit einer wahrscheinlichen Beteiligung der Stadt am sogenannten Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze und Grundsteuersätze geplant ist.